

Vorwort

Der 51. Band des Jahrbuchs für Christliche Sozialwissenschaften erscheint nach dem Wechsel in der Leitung des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften zum Wintersemester 2009/10; ein neues Team, Herausgeberin und Schriftleiter, zeichnet nun für das Jahrbuch verantwortlich. Es ist uns daher eine angenehme Pflicht, an erster Stelle Dank zu sagen: dem bisherigen Herausgeber und Direktor des ICS Karl Gabriel sowie den im zurückliegenden Jahrzehnt tätigen Schriftleitern Martin Dabrowski (2000), Hermann-Josef Große Kracht (2001–2005) und Christian Spieß (2006–2009). Die durch Franz Furger († 1997) eingeführte Tradition der Themenbände hat sich auch in dieser Phase bewährt; es ist das Verdienst von Karl Gabriel, das Jahrbuch als zentrales Publikationsorgan der christlichen Sozialethik und ihrer Bezugswissenschaften im deutschsprachigen Raum insbesondere mit einer deutlichen Orientierung in die Sozialwissenschaften profiliert und in einem weiten gesellschaftswissenschaftlichen Resonanzraum positioniert zu haben.

Auch künftig soll das Jahrbuch ein Ort sein, an dem in interdisziplinärer Offenheit gesellschaftliche Problemlagen sozialwissenschaftlich erschlossen und sozialethisch analysiert werden. Das umfangreiche Forschungsfeld umfasst sozialwissenschaftlich, sozialphilosophisch und politisch-praktisch bearbeitete Fragen, insofern sie einer normativen Reflexion zugänglich sind. Der Tradition des Jahrbuchs und der theologischen Disziplin „Christliche Sozialwissenschaften“/„Christliche Sozialethik“ entsprechend sollen insbesondere christlich-sozialethische Standpunkte zu brisanten gesellschaftlichen Debatten so begründet und in das Disziplinen übergreifende wissenschaftliche Gespräch gebracht werden, dass daraus relevante Impulse sowohl für die wissenschaftliche Erkenntnisbildung als auch für den Erkenntnistransfer in gesellschaftliche und politische Praxisfelder gewonnen werden können.

Unter den Bedingungen einer globalisierten Welt, nicht zuletzt einer globalisierten Wissenschaftswelt, schließt dies das Ziel ein, das Jahrbuch verstärkt auch über den deutschen Sprachraum hinaus als Medium des wissenschaftlichen Diskurses anzubieten und zu nutzen. Um diesen Anspruch bestmöglich einlösen zu können, werden wir ab dem nächsten

Band (52/2011) einige Innovationen zur Förderung der Internationalisierung und gleichzeitig zur Qualitätssicherung einführen, u. a. – abgestimmt mit der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik – ein Peer-Review-Verfahren. Neben dem bewährten Themenschwerpunkt wird – in begrenztem Umfang – ein „freier Bereich“ für Beiträge eingerichtet, wofür ein call for papers ausgeschrieben wird; in diesem Bereich können auch englischsprachige Texte veröffentlicht werden; alle Beiträge werden mit englischsprachigen Abstracts versehen.

Der diesjährige Band wird mit einem programmatischen Text der Herausgeberin eröffnet, der, obwohl nicht unmittelbar in das Rahmenthema eingelassen, eine Reihe inhaltlicher und systematischer Bezüge dazu aufweist: Der Beitrag „Migration und Zugehörigkeit“ dokumentiert die Antrittsvorlesung der neuen Direktorin des ICS an der Universität Münster am 11. Juni 2010. Christliche Sozialethik unter Globalisierungsbedingungen muss in einem weltweiten Horizont und im Hinblick auf die transnational dimensionierten ordnungsethischen Herausforderungen denken. Querschnittsthemen wie der Fragenkomplex um Migration und Zugehörigkeit sind besonders geeignet, um die Komplexität der sozialethischen Fragestellung(en) auf der Höhe der Zeit zu erfassen und im Horizont eines weiten Spektrums sozialwissenschaftlicher Bezugsdisziplinen zu positionieren. Im Spiegel eines solchen Themas werden Interferenzen von Ökonomie, Ökologie, Politik und Kultur ansichtig und entfalten ihr provokatorisches Potential für eine Sozialethik, die nach Modellen und Kriterien globaler Gerechtigkeit fragt.

Diesem Anliegen und den zu seiner Einlösung notwendigen Debatten soll das Jahrbuch auch in Zukunft Raum geben. Seit dem Band 31/1990 ist dies der erste Band, der als ganzer einem wirtschaftsethischen Schwerpunkt gewidmet ist, auch wenn innerhalb der thematischen Ensembles der Jahrbuchbände immer wieder wirtschafts- und unternehmensexistische Beiträge erschienen sind. Das Thema des diesjährigen Bandes „Weltwirtschaft und Gemeinwohl. Eine Zwischenbilanz der Wirtschaftskrise“ exemplifiziert ausdrücklich den Anspruch des Jahrbuchs, zugleich grundlegende und aktuell brisante sozial- bzw. gesellschaftsethische Fragestellungen zu diskutieren und damit zur wissenschaftlichen Erkenntnis und Urteilsbildung ebenso wie zur Orientierung politischen Handelns beizutragen: Ungefähr zwei Jahre nach dem Manifestwerden der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und unter dem Eindruck der im Lauf des Jahres 2010 unabsehbar auf die europäische politische Agenda geratenen Probleme der Staatsverschuldung verschiedener Mitgliedsstaaten der Europäischen Union versucht dieser Band eine gründliche Zwischen-

bilanz. Eine *sozialethische* Wahrnehmung und Bewertung der Krise werden einerseits durch Anlage und Orchestrierung des „Stücks“ aufgerufen, andererseits durch die Ausarbeitung normativer Orientierungen für eine angemessene globale Ordnungspolitik konkretisiert:

In der ersten Gruppe der Beiträge kommen im Sinne einer „Ouvertüre“ unterschiedliche gesellschaftliche Stimmen zur Deutung der Krise und zu deren Auswirkungen auf die Gesellschaft zu Wort. Die Wirtschaftsjournalistin *Ursula Weidenfeld* zieht aus der Beobachtung der Entwicklung den Schluss, die Krise markiere das Ende jenes Zeitalters, das Lord Dahrendorf „Pumpkapitalismus“ genannt habe. Sie zwinge die Gesellschaft, sich selbst eine neue „Geschäftsgrundlage“ zu geben. Angesichts der bisher in Deutschland zu beobachtenden, auf Ausgleich und Konsens ziellenden Strategien der Krisenbewältigung bedürfe es eines neuen Gesellschaftsvertrags, der Solidarität der Starken mit den Schwachen und Beteiligung durch Bildung für alle tatsächlich zu realisieren ermögliche.

Peter Clever und *Christina Ramb* von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nehmen dieses Desiderat auf: Sie sehen in dem Verlust von Vertrauen in unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung den zentralen Schaden aus der Krise. Sie erinnern an die moralischen Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung und mahnen die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmern und Unternehmen, aber auch von Gewerkschaften, Kirchen und Bildungseinrichtungen für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft an.

Auch *Claus Schäfer* vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) reflektiert die gesellschaftlichen Folgewirkungen der Krise. Ausgehend von Griechenland sieht er deren politischen Kern in einer „Selbstfesselung“ des Staates durch Marktgläubigkeit. Die Finanzkrise und die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich seien eher Wirkungen als Ursachen dieser tiefer wurzelnden Krise. Darauf sei nicht nur mit Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte, sondern auch mit Instrumenten zur politischen Steuerung der Realwirtschaft zu reagieren; letzten Endes müsse es um die Wiedergewinnung des Primates der Politik gehen.

Dieses Votum konvergiert in wichtigen Punkten mit den Diagnosen und Therapievorschlägen von *Michael Schäfers* von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands (KAB): Den Blick über Deutschland hinausrichtend, ruft er zunächst die unmittelbaren Folgen der Liquiditätskrise für die Immobiliensituation – Verluste an Wohneigentum für Arbeitnehmer v. a. in den USA – und die (eingebrochene) Bauwirtschaft

in den USA und in Europa in Erinnerung. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Arbeitnehmerschaft reichen weiter: angefangen von der international wachsenden Ungleichheit der Einkommensverhältnisse über den Anstieg von Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung und deren Folgen für die soziale Absicherung der Betroffenen und ihrer Familien bis hin zu der fortschreitenden Wahrnehmung von Arbeit als anscheinend nahezu beliebig flexibilisierbare Ware. Eine Rückbesinnung auf den Vorrang der Arbeit bzw. des arbeitenden Menschen i. S. der Soziallehre der Kirche erscheint als Gebot der Stunde.

Unbeschadet der Unterschiede zwischen den hier vorgetragenen Einschätzungen sehen sie übereinstimmend die Krise als einen Wendepunkt in der Entwicklung unserer Gesellschaften; sie zwingt – sowohl bezogen auf Deutschland als auch international – zu einer Rückbesinnung auf die Quellen des sozialen Zusammenhalts und einer menschengerechten Ordnung. Die folgenden Beitragsgruppen nehmen diese Herausforderung unter je spezifischen Blickwinkeln auf, indem sie die Institution des Marktes, die sich verändernde Rolle des Staates und die Bedeutung der internationalen Institutionen – jeweils in der Zuordnung zu den anderen institutionellen Ebenen – als Ordnungs- und Steuerungsinstanzen in den Blick nehmen.

Die zweite Gruppe von Beiträgen stellt unter den Stichworten „Markt – Wettbewerb – Verantwortung“ verschiedene Positionen zu genuin ökonomischen Potentialen zur Lösung der Krise vor. Im Kern geht es um eine Erörterung der Selbstheilungspotentiale des Marktes und ihrer Grenzen. Das Verhältnis von Makro- und Mikroökonomie wird ebenso in den Blick genommen wie die Spannung zwischen Marktwirtschaft und Gesellschaftspolitik.

André Habisch untersucht die Selbstheilungskräfte des Marktes. Ausgehend von ökonomischen Theorien des Marktversagens (Götz Briefs; George Akerlof) identifiziert er zwei ökonomische Selbstregulierungspotentiale: Einzelwirtschaftlich bestehe die Chance, über Markenbildung normativen Forderungen (z. B. nach ökologischer Nachhaltigkeit) Gel tung zu verschaffen; kollektivwirtschaftlich lägen in der Branchenbildung und den Branchenverbänden Möglichkeiten für ökonomische Selbstregulierung. Angesichts der Finanzmarktkrise werde aber deutlich, dass Selbstregulierung eine sanktionsbewehrte Festlegung von Mindeststandards durch eine internationale Ordnungspolitik zwar flankieren, nicht aber ersetzen könne.

Peter Ulrich stützt sein wirtschaftsethisches Orientierungsangebot auf zwei Thesen: Erstens gebe es nicht nur eine Wirtschaftskrise, sondern

eine umfassendere Orientierungskrise bezüglich des Verhältnisses von Marktwirtschaft und Gesellschaft. Zweitens zweifelt er an der Plausibilität der Annahme eines autonomen wirtschaftlichen Systems. Vielmehr sei ein marktwirtschaftliches System immer schon eingebettet in ethische und politische Voraussetzungen. Dementsprechend sieht er den wirtschaftsethischen Problemkern in der Krise der normativen Grundlagen der Gesellschaft und plädiert für eine nachholende ethisch-politische Modernisierung. Dafür macht er in seiner dritten These den Gedanken der Bürgergesellschaft stark. Dieser gesellschaftspolitische „Fortschritts horizont einer bürgerrechtlich verfassten Marktwirtschaft“ solle eine eigentumsrechtlich operierende Wirtschaftspolitik ablösen.

Ob das Konzept der Corporate Social Responsibility (CSR) zur Bewältigung der Wirtschaftskrise herangezogen werden kann, testet *Gotlind Ulshöfer* in ihrem Beitrag. Sie vertritt die These, dass die mit CSR verbundenen Vorstellungen von gesellschaftlicher Verantwortung zu kurz greifen. Gesellschaftliche Verantwortung sei als politisches und nicht als rein unternehmerisches Geschehen zu begreifen. Wie Ulrich stellt sie die analytische Trennung zwischen einem ökonomischen und einem politischen Bereich in Frage. Die Chance des CSR-Diskurses liege vor allem darin, dass außerökonomische Aspekte unternehmerischen Handelns in einem wirtschaftlichen Bereich zur Sprache gebracht und so verantwortliches Handelns eingefordert werden könne.

In der dritten Gruppe von Beiträgen bildet der unter dem Eindruck der Krise erneut laut gewordene Ruf nach dem Staat und seiner Steuerungskompetenz den cantus firmus. Mit der ordnungspolitischen Aufgabe des Staates wird die Frage in den Mittelpunkt gerückt, nach welchen rechtlichen, politischen und ethischen Maßstäben staatliche Steuerung des Wirtschaftslebens vernünftig und gereftfertigt erscheint und welche Grenzen eingehalten werden sollten.

In dem Programm eines nachhaltigen Kapitalismus sieht *Michael Schramm* eine sozialethische Perspektive zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dabei geht er davon aus, dass der Strukturwandel zwar zu den konstitutiven Eigenschaften kapitalistischen Wirtschaftens gehört, betont aber, dieser Wandel dürfe nicht sich selbst überlassen werden. Eine Politik des Strukturwandels müsse mehrere Steuerungsmöglichkeiten nutzen. Diesen Ansatz systematisiert Schramm in einem Konzept von Netzwerkgovernance. Christliche Sozialethik könne dazu auf mehreren Ebenen Beiträge in den grundlegenden Orientierungsfragen liefern: Solidarität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Sachgerechtigkeit werden zu den entscheidenden Kriterien.

Ausgehend von einem Rückblick auf die Entwicklung der Finanzmärkte in den letzten drei Jahrzehnten reflektiert *Bernhard Emunds* Ursachen der Finanzkrise und skizziert sozialethische Kriterien für die politische Neuordnung der Finanzmärkte: An der Gemeinwohlorientierung Maß zu nehmen, bedeute vor allem, zu einer Verknüpfung von Wachstum und Wertschöpfung zurückzukehren. Dabei richtet Emunds sein Augenmerk besonders auf die Rolle des Staates für eine wirksame Ausrichtung der Wirtschaft auf das Gemeinwohl.

Jochen Ostheimer und *Markus Vogt* stellen fest, dass zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise viele Staaten zu einer Politik zurückkehrten, die von nationalen und weitgehend ökonomischen Interessen bestimmt wird. Das Spannungsverhältnis von Ökologie und Ökonomie werde dadurch immer prekärer. Dennoch haben unter dem normativen Nachhaltigkeits-Paradigma des vernetzten Denkens (Retinität) staatliche und überstaatliche Wirtschaftspolitik ökologische Relevanz. Eine „partizipative Kultur der Nachhaltigkeit“ bleibt daher auch für die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise eine sozialethisch zentrale Forderung.

Gerade die globalen Wirkungen der Krise haben unterstrichen, dass die ordnungspolitische Herausforderung einer Steuerung (markt-)wirtschaftlicher Interaktionen unter den Bedingungen der (nicht nur) ökonomischen Globalisierung nicht mehr nationalstaatlich limitiert werden kann, sondern in wachsendem Maße auch jenseits der nationalstaatlich organisierten Politik, jedenfalls in einem Mehrebenenmodell bearbeitet werden muss. Deshalb werden in der vierten Gruppe von Beiträgen Möglichkeiten und Grenzen supranationaler ordnungspolitischer Strategien zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise aus wirtschafts- und sozialethischer sowie aus politikwissenschaftlicher Sicht analysiert und für unterschiedliche Ebenen internationaler Kooperation konkretisiert.

Ob sich die Europäische Union in der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise als handlungsfähig erwiesen hat, beleuchtet *Joachim Wiemeyer*. Zwar wird in der Analyse deutlich, dass eine abschließende Bewertung bislang nicht möglich ist, da der Erfolg vieler Regulierungsanstrengungen noch nicht absehbar ist. Aber der sozialethische Blick erlaubt Einsichten, wie die EU subsidiäre und solidarische Orientierungen in ein Verhältnis setzt, die Krise für längerfristige und nachhaltige Reformanstrengungen nutzt und ihrer globalen Verantwortung über den EU-Binnenraum hinaus gerecht wird.

Johannes Wallacher fragt nach einem zureichenden globalen Ordnungsrahmen für die Weltwirtschaft, der die Koordinationsdefizite bisheriger Ansätze überwindet und Krisen wie die aktuelle – mit ihren dramatischen

Auswirkungen vor allem für die armen Länder – wirksam verhindern hilft. Anhand der in Global-Governance-Theorien erörterten Steuerungsformen – zwischenstaatliche Vereinbarungen, internationale Koordinierung der Finanzmarktregulierung und Marktmechanismen – zeichnet er die vorhandenen Ordnungsinstrumente nach und untersucht deren Kohärenzdefizite und Dysfunktionalitäten. Ähnlich wie Bernhard Emunds rekurriert er für eine ethische Orientierung auf das – weltweit auszulegende – Gemeinwohlprinzip und diskutiert Instrumente der Steuerung hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit auf dieses Ziel hin.

Auf der Suche nach Antworten auf die Frage, wie genau die Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft in Folge der Krise verändert werden sollen, richtet *Reinhard Zintl* den politikwissenschaftlichen Blick auf die Rolle der Zivilgesellschaft und entfaltet die – mit Peter Ulrichs dritter These durchaus „verwandt“ erscheinende – Überlegung, mehr als auf eine transnationale Zivilgesellschaft komme es auf die durch v.a. bürgerrechtliche Garantien zu leistende Stärkung der Zivilgesellschaften innerhalb der souveränen politischen Gebilde an, insofern diese Bedingungen für den Wettbewerb der Staaten bilden und auf der nationalstaatlichen Ebene die Infrastruktur für Prozesse schaffen, die auf zwischenstaatlicher Ebene ablaufen.

Der *Literaturbericht* von *Gerhard Kruip* gibt einen Überblick über aktuelle sozialethische Beiträge zur Wirtschafts- und Unternehmensethik, indem er insbesondere den Diskurs der letzten zehn Jahre in der christlichen Sozialethik (vor allem innerhalb der katholischen Theologie) analysiert. Neben wirtschaftsethischen Grundsatzfragen wurden im vergangenen Jahrzehnt zunehmend aktuelle und konkrete wirtschafts- und unternehmensethische Forschungsgegenstände bearbeitet. Die Unternehmensethik könne, so Kruip, in gewisser Weise als Neuentdeckung christlicher Wirtschaftsethik gelten. Herausforderungen für den zukünftigen Diskurs lägen vor allem in der ökologischen und interkulturellen Wirtschaftsethik. Das hier vorgestellte Format eines ausführlichen kritischen Literaturberichts soll künftig zu einem regelmäßigen Element im Jahrbuch werden und so zur Selbstreflexion der christlichen Sozialethik/ Sozialwissenschaften beitragen.

Zudem wird über verschiedene sozialethische Tagungen berichtet: *Brigitte Hermann* berichtet über das elfte Werkstattgespräch der Sektion „Christliche Sozialethik“ in der Internationalen Vereinigung für Moraltheologie und Sozialethik, das im Februar 2010 in Berlin stattfand und – wie der vorliegende Jahrbuchband – der sozialethischen Analyse der Finanz- und Wirtschaftskrise gewidmet war. *Anna Maria Riedl* berichtet

über die 19. Tagung des Forum Sozialethik, bei der im September 2009 das Verhältnis von Anthropologie und Sozialethik reflektiert wurde. Wie üblich schließen die *Mitteilungen* laufender und jüngst abgeschlossener Qualifikationsarbeiten aus der deutschsprachigen Sozialethik den Band ab. Wir empfehlen dieses Informationsinstrument der besonderen Aufmerksamkeit unserer Leserschaft, auch um Austausch und Verständigung zwischen Bearbeitern und Bearbeiterinnen verwandter oder benachbarter Forschungsvorhaben anzuregen.

Nach guter Tradition des Jahrbuchs gilt es auch in diesem Jahr wieder, einer Reihe von Kollegen Segenswünsche auszusprechen. Zu ihrem 80. Geburtstag beglückwünschen wir Franz-Josef Stegmann und Bernhard Sutor, zum 75. Geburtstag Herwig Büchele, Lothar Roos und Philipp Schmitz. Unsere Glückwünsche zum 70. Geburtstag gelten Arno Anzenbacher, Bénédikt Bujo und Dietmar Mieth. Last but not least gratulieren wir Adrian Holderegger zum 65. Geburtstag.

Am 21. August 2010 verstarb Friedrich Beutter im Alter von 85 Jahren. Er war von 1969 bis zu seiner Emeritierung Professor für Moraltheologie und Christliche Gesellschaftslehre und war Mitbegründer des Instituts für Sozialethik der Theologischen Fakultät Luzern. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ein besonderes Gedenken gilt auch dem am 30. März 2010 im Alter von 80 Jahren verstorbenen Bischof em. von Hildesheim, Dr. Josef Homeyer. Als langjähriger Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz und als Vorsitzender der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE) war er ein entschiedener Förderer der katholischen Soziallehre, der christlichen Sozialethik und des ökumenischen Gesprächs in sozialethischen Fragen sowohl mit den Kirchen der Reformation als auch mit der Orthodoxie. Insbesondere verbindet sich sein Name mit dem in Deutschland bis dato beispiellosen Konsultationsprozess (1994–1996) zur Vorbereitung des Gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997): Ohne seine Initiative, seinen Mut und seinen unbeugsamen Willen hätte dieses Projekt nie seine Dynamik entfalten können und wäre nicht zu einer letztlich trotz aller Unkenrufe erfolgreichen Lerngeschichte für die Kirchen geworden, an die zu erinnern gerade in der aktuellen Krise der Kirche lohnt.

Münster, im August 2010,
Marianne Heimbach-Steins, Alexander Filipović